

<b>Zeitschrift:</b>	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
<b>Band:</b>	33 (1941)
<b>Heft:</b>	6
 <b>Artikel:</b>	Kinderzulagen
<b>Autor:</b>	Nobs, E.
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-353032">https://doi.org/10.5169/seals-353032</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 10.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**zulagen einzuführen. Hingegen soll eine grössere Abstufung eingeführt werden zwischen den Teuerungszulagen für unverheiratete und verheiratete Arbeiter.**

Besteht eine prinzipielle Opposition der schweizerischen Unternehmer gegen die Familienzulagen? Die im Jahre 1930 vom Schweiz. Arbeitgeberverband aufgestellten Richtlinien sprechen sich in der Tat gegen die Einführung von Familienzulagen in der schweizerischen Wirtschaft aus. Im Jahre 1937 sind diese Richtlinien in dem Sinne ergänzt worden, dass es der Unternehmerverband, ohne die Einführung von Familienzulagen zu empfehlen, für richtig hält, der Entwicklung der Ausgleichskassen in den Industrien und jenen Gebieten ihren Lauf zu lassen, wo die Unternehmer ihre Einführung für zweckmässig halten. Wie man sieht, ist die Türe auf dieser Seite nicht mehr ganz geschlossen.

\*

Die Notwendigkeit, den Arbeitern mit grosser Familie, die durch die Verteuerung der Lebenshaltungskosten ganz besonders betroffen werden, zu Hilfe zu kommen, wird ohne Zweifel eine Verallgemeinerung der Institution der Familienzulagen bringen. Wenn sie von Ausgleichskassen bezahlt werden, so stellen sie für die Nutzniesser keine Gefahr dar. Wenn wir auch nicht glauben, dass durch dieses Mittel der Geburtenrückgang bekämpft werden kann, so wird es, dessen sind wir sicher, unter den gegenwärtigen Umständen auf alle Fälle zur Verminderung des Elends beitragen. Wenn zudem die Familienzulagen Ergänzungen von Löhnen sind, die den Gegenstand von Arbeitsverträgen ausmachen und die Verwaltung der Ausgleichskassen von paritätischen Organen ausgeübt wird, so werden die Interessen jener, die wir zu betreuen haben, durch unsere Befürwortung der Familienzulagen in keiner Weise geschädigt. Im Gegenteil!

---

## Kinderzulagen.

Von E. Nobs, Zürich.

Es genügt nicht, allein die Lohnsysteme zu diskutieren. Man muss den Sachverhalten tiefer auf den Grund gehen und sie ganz unbefangen und ohne Rücksicht auf augenblickliche Strömungen in der öffentlichen Meinung darstellen.

Ich sehe diese Tatsachen so:

Der Malthusianismus (Kleinhaltung der Kinderzahl) hat mit den Grundsätzen des Sozialismus nichts zu tun. Die Kinderzahl weiter und weiter zu beschränken, stellt keinesfalls eine Methode dar, das soziale Unrecht aus der Welt zu schaffen und die gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Dauer zu verbessern. Die absicht-

lich herbeigeführte Beschränkung der Kinderzahl, das System der Zweikinderhaushalte und der Ehen mit nur einem oder gar keinem Kind, dient wohl der augenblicklichen ökonomischen Besserstellung dieser Familien und erleichtert die berufliche Ausbildung des Nachwuchses, aber der Lösung der grossen gesellschaftlichen Grundfragen kommen wir dadurch um keinen Schritt näher. Die kinderlosen Ehen und die Einkind-Ehen kommen, wo nicht gesundheitliche Ursachen vorliegen, aus dem Geiste des Individualismus und dienen für einen Augenblick dem Individuum. Das Volk als Ganzes aber muss dabei auf die Dauer Schaden nehmen. Ein modernes Industrievolk zumal, das in steigendem Masse Arbeitskräfte bedarf, wird Menschen importieren. Dieser Import vollzieht sich erfahrungsgemäss vorwiegend aus Bevölkerungen mit sozial und kulturell niedrigerem Niveau. Vom Standpunkt des Gewerkschafters aus musste in der Vergangenheit gesagt werden, dass diese Import-Arbeiterschaft (ich denke dabei insbesondere an solche aus den Oststaaten) häufig zu niedrigerem Lohn arbeitete, dass sie zum Teil wenig oder gar nicht organisationsfähig war und im ganzen eher als Lohndrücker wirkte.

Zwei weitere bevölkerungspolitische Tatsachen: Es steht ausser Frage, dass in den vergangenen Jahrhunderten die schrankenlose Kindererzeugung ein grosses soziales Uebel war. Dieses Uebel führte zu Armut und Vereelendung in den Grossfamilien der lohnarbeitenden Bevölkerung und führte ganz allgemein zu einer grossen Kindersterblichkeit. Auch die Wöchnerinnensterblichkeit war im Vergleich zu heute eine sehr hohe. Aus den Anfängen der industriellen und kapitalistischen Entwicklung wissen wir, dass nirgends wie in den Schichten der ärmsten Bevölkerung so früh geheiratet und sogleich eine Massenzeugung von Geschöpfen eröffnet wurde, die unterernährt und für den Lebenskampf schlecht ausgerüstet waren. Auf diese Stufe dürfen wir nie mehr zurückfallen. Es besteht auch keine Gefahr, dass dies geschehe.

Es kam dann die Korrektur. Die besitzende Klasse und die intellektuellen Berufe, also gerade jene Gruppen, die am ehesten noch eine grössere Zahl von Kindern hätten durchbringen können, gingen mit dem Beispiel des Ein- und Zweikindersystems voran. Nicht die soziale Not, nicht wirtschaftliche Gründe waren die Ursache dieser Entwicklung. Es steht ein gut Stück Bequemlichkeit, Egoismus, übertriebener Individualismus dahinter. Man hält den Nachwuchs für eine unerwünschte Last, der man sich soviel als möglich entzieht. Dieses Beispiel der sogenannten oberen Klasse fand Nachahmung in der gesamten Bevölkerung. Der Geburtenrückgang wurde zur sozialen Massenerscheinung in allen Ländern.

Es ist klar, dass diese Korrektur zu weit ging. Im Verlauf eines Jahrhunderts kam man von einem Extrem ins andere. Es ist aber nicht zu erkennen, dass gerade in den Volksschichten mit geringem Einkommen viel weniger ein unerfreulicher Lebensgenuss-Egoismus als das soziale Verantwortungsgefühl gegenüber

den Kindern dazu geführt hat, dass zahlreiche wertvolle, gebärfähige Mütter, gesunde und auch erzieherisch gut veranlagte Väter es nicht glaubten verantworten zu können, etwa drei, vier oder fünf Kinder zu haben, selbst wenn die Liebe zu den Kindern keineswegs fehlte. Das minimale Einkommen manches Ehemannes zwang auch dessen Frau, einem Erwerb nachzugehen. Die lohnverdienende Frau wird nur einem oder zwei Kindern, vielleicht auch gar keinem das Leben geben. Solche Eltern wussten um den bescheidenen Lohn und den hohen Mietzins. Sie hatten Epochen furchtbarer Kriegsteuerung und darauf solche langanhaltender Krise und Arbeitslosigkeit bei unzulänglichen Unterstützungen erlebt. Sie wollten aus der Unsicherheit einer proletarischen Existenz heraus. Den Kindern sollte durch Berufslehre oder gar das Studium der soziale Aufstieg ermöglicht werden. Wer das erreichen wollte, durfte nicht viele Kostgänger am Tische haben. Erreicht wurden diese Ziele aber nur zum Teil. Es entstand ein Ueberangebot von intellektuellem Proletariat, dessen soziale Lage gerade heute recht unerfreulich ist.

Als Folge dieses Ueberspringens ins andere Extrem traten bevölkerungspolitisch höchst bedenkliche Erscheinungen zutage. Die älteren, noch aus der Zeit höherer Geburtenzahlen stammenden Jahrgänge erhielten im Vergleich zu den schwindenden Geburtenzahlen der jüngeren Jahrgänge ein grösseres Gewicht. In der gleichen Richtung der Ueberalterung wirkte sich auch die sehr bedeutende Verbesserung der Volksgesundheit, der Rückgang der Sterblichkeit aus. Eine Verbesserung der Geburtenzahl wird erst im Jahre 1940 (Schweiz) und deutlicher noch im ersten Quartal des Jahres 1941 (Stadt Zürich) sichtbar. Es bleibt noch abzuklären, ob hier bereits eine dauernd wirksame Umkehr der Kurve sich anzeigt oder ob es sich nicht vielmehr um eine Auswirkung des Umstandes handelt, dass zahlreiche junge Paare in den Krisenjahren die Ehe nicht eingehen konnten und dies nun beim Nachlassen der Arbeitslosigkeit nachgeholt haben.

Soll eine grundlegende Umkehr eintreten, so bedarf es sowohl einer Aenderung der Anschauungen wie auch einer Aenderung der wirtschaftlichen Grundlagen zur Erhaltung der Familie. Es ist kein Zufall, dass die letzte Epoche der hochkapitalistischen Entwicklung identisch ist mit einem übermässigen Absinken der Geburtenzahlen. Kein Zufall auch, dass in Millionen von europäischen Arbeiterfamilien eine gewisse Verbesserung des Lebensstandards nur hat erreicht werden können auf Kosten einer starken Verminderung der Kinderzahl. Soll eine dauernd wirksame Aenderung eintreten, so ist es klar, dass sich grundlegende Veränderungen an der Basis unseres gesellschaftlichen Lebens vollziehen müssen. Niemand von uns wünscht eine Rückkehr zu einer Ueberproduktion an jungen Menschenleben, die ins Elend hineingeboren werden. Bis aber ein Zustand höherer sozialer Gerechtigkeit in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben erreicht sein wird, wie wir Sozialdemokraten

es anstreben, können wir das Bevölkerungsproblem nicht vertagen. Wir haben es anzupacken und Lösungen entgegenzuführen, die selber in der Richtung einer gerechteren Gesellschaftsordnung liegen.

Dazu gehört vor allem der Kampf um einen menschenwürdigen Lohn für jeden arbeitenden Menschen. Darüber hinaus möchte ich mich in völliger Uebereinstimmung mit meinem Freunde Gustav Wenk für die Ausrichtung ausreichender Kinderzulagen aussprechen. Wir haben diese überall empfohlen, wo sie erreicht werden konnten. Wir haben uns dort, wo sie schon bestanden, um ihre Verbesserung bemüht. Ich glaube nicht, dass das ein Fehler war.

Wenn heute der Ruf nach Familienschutz und Familienlohn laut wird, so geht die Gegenparole Leistungslohn wohl viel weniger davon aus, dass man dem Arbeiter mit grösserer Kinderzahl ein entsprechendes Einkommen nicht gönnen möchte, als vielmehr von der Befürchtung, dass alle Lohnverdiener ohne Kinder oder mit wenigen Kindern von einer empfindlichen Minderung ihres Einkommens bedroht seien. Diese Befürchtung ist in einer Zeit scharfer Verteuerung durchaus zu verstehen. Es müsste aber nicht unbedingt so sein, dass die Kinderzulagen zu Lasten der andern Löhne gehen. Ich bin völlig davon überzeugt, dass es ein krasses soziales Unrecht ist, wenn der Familienvater, der eine fünfköpfige Familie zu erhalten hat, mit den gleichen 300 Franken im Monat auskommen soll wie ein Lediger. Wir sollten uns daher ohne Bedenken dafür einsetzen, der Not in den Familien mit Kindern zu begegnen. Auf welche Weise das am besten geschieht, darüber möchte ich mich in diesem Zusammenhang nicht äussern. Das Ziel aber scheint mir aller Anstrengung wert zu sein. Die Aufgabe bleibt uns um so mehr gestellt, als es sich in absehbarer, naher Zeit darum handeln wird, den angesichts der heutigen Kriegsteuerung ungenügenden Einkommen mit irgendeiner Form der Kriegsnotunterstützung zu Hilfe zu kommen, eine Hilfe, die unfehlbar neben der Höhe des Einkommens auch die Kopfzahl der Familie wird berücksichtigen müssen. Bereits kommt bei den verschiedensten Institutionen der sozialen Hilfe der Massstab der Kopfzahl zur Anwendung. Es bedarf keiner Durchbrechung des Grundsatzes des Leistungslohnes, um ein kleines Einkommen so weit zu erhöhen, dass dabei Kinder erhalten und erzogen werden können. Es kann sich dabei keineswegs darum handeln, Gebärprämien auszurichten und eine Massenfabrikation von Minderwertigen zu inaugurierten. Dieser Gefahr ist mit den Mitteln der Eheberatung, des Gesundheitszeugnisses der Brautleute und der Volksaufklärung im Sinne der Eugenik zu begegnen. Man müsste auch eine Methode finden, die unser Volk vor dem Missgriff bewahrt, dass auf Grund eines Systems von Kinderzulagen gerade in den Familien ohne soziales Verantwortungsgefühl, bei den Minderwertigen aller Art, bei Alkoholikern, bei Kranken und Debilen, eine Massenzeugung von minderwertigem, erblich belastetem Nachwuchs einsetzt, der doch im höchsten Mass uner-

wünscht sein muss und den zu verhindern ein ganz eminentes öffentliches Interesse besteht.

Ich bezweifle auch sehr, ob wir ans Ziel kämen, wenn etwa die Löhne der jungen Ledigen auf Kosten der Familien gesenkt werden sollten. Wie sollen diese Ledigen je in die Lage kommen, einen Hausstand zu gründen, Ersparnisse für Hausrat und Wäscheanschaffungen beiseitezulegen, wenn ihre Einkommen weiter beschnitten werden sollten? Derartige Methoden würden nicht zum Ziele führen.

Es wird wohl auf Seiten der Gegner wie der Befürworter des Familienlohnes der Fehler gemacht, der Massnahme der Kinderzulagen eine viel zu grosse Tragweite beizumes sen. Gerade weil ich sie für ein Postulat der sozialen Gerechtigkeit halte, möchte ich vor übertriebenen Erwartungen und ebenso vor übertriebenen Befürchtungen warnen. Mit dieser Massnahme allein wird unsere Bevölkerungsbewegung noch bei weitem nicht saniert. Es bedarf dazu einer weitgreifenden Änderung der Auffassungen und einer neuen Einstellung zur Bedeutung des Kindes in Familie und Gesellschaft und namentlich auch einer lebendigen Erfassung des Glücks, das vom Kinde kommt. Soll die Änderung dazu führen, dass das Kind in der menschlichen Gesellschaft wieder zu seinem Rechte kommt, so bedürfen wir auch einer weitreichenden Verbesserung unserer sozialen Verhältnisse, ja der Ueberwindung der Not in einem Ausmass, wie Sozialdemokraten und Gewerkschafter dies seit jeher angestrebt haben.

---

## Das Trugbild des Familienlohnes.

Von Jean Möri.

Die Haltung der Gewerkschaften in der heiklen Frage des Familienlohnes lässt es geboten und nützlich erscheinen, alle Standpunkte darzulegen und einander gegenüberzustellen. Während die auf dem Gebiete der Verteidigung der beruflichen Interessen erfolglosen Korporatisten jahrelang versuchten, durch die lärmende Propaganda des sozialen Mythus der *Familienlöhne* vorwärts zu kommen, verteidigten die Gewerkschafter die natürliche Auffassung: «*Gleiche Arbeit, gleicher Lohn*».

Liegen die Dinge so, dass die Korporatisten mit ihrer hartnäckigen Demagogie die Familie besser verteidigen als die Gewerkschaften, die darauf aus sind, jedem Arbeiter, jedem Familienvater einen *Lebenslohn* zu sichern? Natürlich nicht!

Die Gewerkschafter sind Realisten. Sie verteidigen die Rechte der Familie besser, indem sie sich nicht nur für Löhne einsetzen, die dem Arbeiter seine Pflichterfüllung gegenüber seiner Familie möglich machen, sondern indem sie auch seine Würde verteidigen.